UNIVERSITÄT AUGSBURG
Universitätsbibliothek

OPEN ACCESS
OPUS AUGSBURG

Universitätsverfassung für Augsburg

Herbert Buchner

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Buchner, Herbert. 1972. "Universitätsverfassung für Augsburg." *Hochschulpolitische Informationen (HPI)* 1972 (3): 11–17.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:
Deutsches Urheberrecht
Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:
https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/

Universitätsverfassung für Augsburg

Von Herbert Buchner

Nach langem Anlauf hat die 1970 gegründete Universität Augsburg mit Wirkung vom 18. Februar eine vorläufige Verfassung erhalten. Dies war um so dringender geworden, als den bisher tätigen Universitätsorganen mit der Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. Dezember vergangenen Jahres die Grundlage entzogen worden war.

Die Verordnung sieht für die Universität Augsburg eine Präsidialverfassung mit starkem Zentralbereich vor. Ein auf sechs Jahre gewählter Präsident ist reichlich mit Kompetenzen ausgestattet. Zu seiner Unterstützung sind zwei Vizepräsidenten und der Kanzler vorgesehen.

Etwas eigenartig ist die Konstruktion der Präsidialausschüsse. Es sind deren vier vorgesehen, nämlich einer für Lehre und Studenten, einer für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs, einer für das Kontaktstudium und einer für Organisation, Verwaltung und Bau. Die Regelung ihrer Aufgaben im einzelnen und ihrer Zusammensetzung findet sich im Unterabschnitt Präsidialbereich, nach den Vorschriften über den Präsidenten. Sie sind jedoch nicht dem Präsidenten zugeordnet sondern werden jeweils für ihren Aufgabenbereich unmittelbar von den Angehörigen der verschiedenen Mitgliedergruppen gewählt. In ihrer Gesamtheit, d.h. zusammen mit den Dekanen der Fachbereiche bilden sie den Senat. Eine gesonderte Wahl zum Senat findet also nicht statt.

Gewisse Schwierigkeiten könnte vielleicht die Kompetenzenabgrenzung zwischen Zentralbereich und Fachbereichen bereiten. Beide sollen nach der Verordnung im Aufgabenbereich der Universität tätig werden. Durch die Stärkung des Zentralbereichs hat dieser gewisse Kompetenzen, die sich mit der Arbeit der Fachbereiche überschneiden können, z.B. beim Erlaß von Prüfungs-, Promotions- und Habilitationsordnungen. Im Interesse des Ausgleichs eventueller Kompetenzkonflikte und der Zusammenarbeit dürfte es sich jedoch vorteilhaft auswirken, daß die ursprünglich vorgesehene scharfe personelle Trennung von Zentralbereich und Fachbereichen durch die Aufnahme der Dekane als geborene Mitglieder in den Senat abgemildert wurde.

Der Verordnungsentwurf hatte eine Vielzahl von Selbstverwaltungsgremien als zwingend zu errichten vorgesehen, was besonders von den Hochschullehrern beanstandet worden war. In der neuen Satzung hat das Kultusministerium diesen Einwendungen weitgehend Rechnung getragen. Soweit erforderlich, sollen sich Fachbereiche nach der Verordnung Ständiger Forschungs- und Studienkommissionen bedienen. Die Fachgruppen, denen die Vorbereitung der Studienprogramme, die Betreuung der Studiengänge, ferner Koordination der Lehraufgaben und Forschungsvorhaben obliegen, sollen möglichst nur im Einvernehmen mit den Fachbereichen errichtet werden. Sie sind nicht zu bilden, wenn die Stammdisziplin nur in einem Fachbereich vertreten ist und der Fachbereichsrat die Bildung einer Fachgruppe nicht für erforderlich hält.

Die Sitze in den Kollegialorganen der Universität werden sich in Zukunft auf Hochschullehrer; Assistenzporfessoren; übrige Hochschullehrer, sonstige Lehrpersonen und wissenschaftliche Mitarbeiter in Forschung und Lehre; Studenten und sonstige Mitglieder im Verhältnis 6:1:1:2:1 aufteilen. Dazu tritt noch jeweils der Vorsitzende des Gremiums, nämlich im Fachbereichsrat der Dekan, in den vier Präsidialausschüssen der Präsident bzw. Vizepräsident oder Kanzler. In Fragen

der Forschung oder Einstellung von Lehrpersonen ist die Mehrheit der Stimmen der Lehrpersonen entscheidend.

Damit ist eine Mehrheit der Hochschullehrer in den Universitätsorganen gesichert. Von seiten der Professoren war der ursprünglich vorgesehene Paritätenschlüssel, der eine Majorisierung der Hochschullehrer zugelassen hätte, entschieden abgelehnt worden. Zu Recht sichert die neue Verfassung die Entscheidungskompetenz der Hochschullehrer unter weitgehenden Mitspracherechten der übrigen Gruppen und setzt an den Grundsätzen für Forschung und Lehre an, um ein Stück Reform zu verwirklichen.

Forschung und Lehre sind nach § 1 der Satzung unter Berücksichtigung der interdisziplinären Verflechtung und Praxisbezogenheit der Studiengänge zu betreiben. Reform der Studiengänge wird zur Pflicht gemacht. Sowohl im wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen wie im juristischen Fachbereich (erstmalige Verwirklichung des einstufigen Ausbildungsmodells in der Bundesrepublik) sind hier entscheidende Schritte schon getan. Unterricht in kleinen Gruppen und Berücksichtigung der Möglichkeit des Blockunterrichts, wie sie schon derzeit praktiziert werden, sind in der Satzung festgelegt. Hervorzuheben ist noch die Verpflichtung der Universität und ihrer Mitglieder zur wissenschaftlichen Fort- und Weiterbildung der bereits Berufstätigen, die ebenfalls organisatorisch abgesichert ist (satzungsmäßige Grundsätze für das Kontaktstudium, entsprechende Organisationsformen, eigener Präsidialausschuß für das Kontaktstudium).

„Marx an die Uni" – Der Fall Bielefeld

Fachschaft für Soziologie der Universität Bielefeld gibt zu: frühere Dementis waren Täuschung

Durch die Taktik des Verschweigens wesentlicher Tatbestände mußte Wissenschaftsminister Rau dem Landtag irreführende Auskünfte geben. Die Ausschreibung eines Lehrstuhls für "Politische Ökonomie" in Bielefeld im Jahre 1971 war tatsächlich für Kandidaten geeignet, die Parteimarxismus vertreten. Wie aus einer Dokumentation der Fachschaft Soziologie der Universität Bielefeld hervorgeht, wurde versucht, diese Absicht im Text der Ausschreibung zu verschleiern, "vor allem .. in Bezug auf die zu erwartenden Reaktionen der 'Öffentlichkeit' und des Ministeriums". Als der Ausschreibungstext, den die Fachschaft als einen "Kompromiß" mit der Absicht der Verschleierung lobt, dann doch auf heftige Kritik im Landtag in Düsseldorf stieß, wurden vom damaligen Dekan Kaufmann in einer Stellungnahme dem Wissenschaftsministerium diese Tatsache und andere wesentliche Umstände zur Beurteilung des Ausschreibungstextes vorenthalten. Jetzt wurden von der Berufungskommission drei Kandidaten in die engste Wahl einbezogen - unter denen einer nicht einmal promoviert ist -, von denen zwei den parteimarxistischen Vorstellungen der Fachschaft entsprechen. Bis heute hat das Wissenschaftsministerium in Düsseldorf offiziell keine Kenntnis von diesen Vorgängen erhalten.

Die beiden Fassungen der Ausschreibung - "Der Stelleninhaber soll in der Lage sein, innerhalb des praxisorientierten Studienganges für Diplom-Soziologen politische Ökonomie unter Einschluß des für den Marxismus spezifischen Praxisverständnisses in Lehre und Forschung angemessen zu vertreten," lautet der Text der veröffentlichten Ausschreibung. Als dann vom Bund Freiheit der Wissenschaft kritisiert wurde, nach dem Text der Ausschreibung komme eigentlich nur ein Marxist in Frage, wurde dies von

Dekan Kaufmann in einem scharfen Brief an das Wissenschaftsministerium, dessen Text Kaufmann bisher (allerdings nicht vor der Fachschaft!) geheim hielt, bestritten. Wissenschaftsminister Rau erklärte dann aufgrund dieser Angaben im Landtag, mit der Ausschreibung in Bielefeld sei keine Voreingenommenheit zugunsten der marxistischen Wissenschaft gefordert worden. Gewiß sei der Text unglücklich formuliert gewesen. Wenn aber in diesem Text eine "Kritik der bürgerlichen Nationalökonomie" gefordert werde, so sei damit keine herabsetzende Einstellung gemeint, sondern eine Wertung unter Anlehnung verschiedener Maßstäbe. Diese Interpretation ist irreführend.

Ursprünglich sollte der Text der Ausschreibung nach Angaben der Fachschaft lauten: "Der Bewerber soll in der Lage sein, die marxistische politische Ökonomie in Abgrenzung von den Konzepten der bürgerlichen Nationalökonomie und Soziologie darzustellen, und sie in einer Fakultät, die bisher ausschließlich mit bürgerlichen Professoren besetzt ist, zu vertreten. Er soll durch seine Praxis als Marxist ausgewiesen sein" (Unterstreichung von den Autoren des Textes).

Sozialistische Praxis - Nach Angaben der Fachschaft wurden dann in Veränderungen dieses Textes bis zur veröffentlichten Fassung "die Widersprüche zwischen Politökonomie und bürgerlicher Wissenschaft nicht mehr so scharf herausgearbeitet". Nach Ansicht der Fachschaft kann Politökonomie nur marxistische Politökonomie sein. Ein marxistischer Politökonom habe "sich nicht nur durch seine Veröffentlichungen auszuweisen, sondern auch durch seine Praxis: Marxistische Politökonomie und sozialistische Praxis gehören zusammen". Diese Auffassung komme zwar im endgültigen Text der Ausschreibung nicht mehr unmißverständlich zum Ausdruck, aber der Text der Ausschreibung sei mit einer solchen Festlegung durchaus vereinbar. Durch die Verunklarung des ursprünglichen Textes sollte jedoch Kritik in der Öffentlichkeit vermieden werden. Entsprechend schreibt die Fachschaft über die ihrer Ansicht nach "relativ zahme" Ausschreibung: "Man kann sich vorstellen, in welchem Ausmaß und mit welchen Mitteln die Reaktion zuschlagen wird, sobald die Berufung eines Marxisten in Sicht ist."

Kriterien für die Auswahl - Die Fachschaft konnte diese Fassung positiv beurteilen, weil in der Sitzung der Berufungskommission am 28. September 1971 ein Katalog von Kriterien zur Bewertung von Kandidaten aufgestellt wurde. Er stellt sicher, daß wesentliche Forderungen des ursprünglichen Ausschreibungstextes, klarer als es in dem veröffentlichten Text zum Ausdruck kommt, erhalten bleiben. So wird unter anderem von den Kandidaten gefordert: "a) Marxistische Kapitalismuskritik; b) Klassische Imperialismuskonzeptionen; c) aktuelle marxistische Kapitalismuskritik; d) marxistische Kritik der bürgerlichen Nationalökonomie." Dieser Katalog von Kriterien wurde bis heute dem Ministerium nicht mitgeteilt.

Manipulation des Berufungsausschusses - Die Berufung eines Parteimarxisten ist zudem durch Veränderungen in der Zusammensetzung des Berufungsausschusses erleichtert worden. Ursprünglich wurden in den Ausschuß als stimmberechtigte Mitglieder gewählt: Professor Ludz, Professor Büschges, Diplom-Soziologe Malwitz-Schütte und Diplom-Soziologe Sell sowie als studentische Mitglieder Steinkamp (Maoist) und Pütz (Spartakus). Zum Vorsitzenden wurde Professor Ludz bestimmt. In Zusammenhang mit einer Auseinandersetzung um die Berufung des als linksextrem geltenden Sozialpsychologen Holzkamp von der FU Berlin wurde Professor Ludz in einer später für ungültig befundenen Fakultätssitzung abgewählt, trat dann selbst aus dem Berufungsausschuß aus, nimmt aber jetzt wieder als stimmberechtigtes Mitglied teil. Die beiden Assistentenvertreter des zunächst drittelparitätisch besetzten Ausschusses wurden ausgewechselt. Auf Drängen der Linksextremisten wurde in Abweichung von den Regeln als weiteres stimmberechtigtes Mitglied Pro-

fessor Oskar Negt (Hannover) hinzugewählt, während andere Angehörige der Universität Bielefeld kein Stimmrecht erhielten und an den Sitzungen nur beratend teilnehmen.

Wie wichtig für die Linksextremisten die Zuwahl von Oskar Negt war, der in der Vergangenheit als APO-Vertreter wirkte, geht aus der Tatsache hervor, daß die Studentenvertreter eine Verringerung ihrer Drittelparität durch Zuwahl eines von ihnen als Gesinnungsgenossen angesehenen Professors hinnahmen. Zum Ausschußvorsitzenden ist in Verletzung aller Regeln inzwischen der maoistische Student Günther Steinkamp gewählt worden. Auch über diese Vorgänge wurde das Wissenschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen nicht informiert.

Die Kandidaten - Inzwischen stellten sich auf Einladung dieser Berufungskommission drei Kandidaten in einem öffentlichen Colloquium vor: Diplom-Volkswirt Breuer, Dr. Danckwerts und Dozent Dr. Slama. Die Fachschaft Soziologie bewertet diese drei bisher in die engste Wahl gezogenen Kandidaten umgekehrt zu ihrer akademischen Qualifikation.

So wirft sie dem Dozent Dr. Slama, der früher Abteilungsleiter an der Hochschule für Ökonomie in Prag war, vor, daß er sich überwiegend und kritisch mit der Politökonomie der sozialistischen Wirtschaftssysteme beschäftigt habe; der Politökonom in Bielefeld müsse jedoch primär über die Enthumanisierung in der "kapitalistischen BRD" arbeiten. "Wir behaupten, daß Slamas Orientierung gegenüber den Problemen der sozialistischen Staaten revisionistisch-technokratisch und gegenüber den kapitalistischen Staaten apologetisch ist". Eine Veröffentlichung von Dozent Dr. Slama in der tschechischen Zeitschrift "literarni Listy" weise ihn als einen Freund der Wirtschaftsreformen von Ota Sik während des Prager Frühlings aus. Meint die Fachschaft: "Das war's eigentlich nicht, war wir uns unter politischer Ökonomie vorgestellt haben."
Die Fachschaft Soziologie bevorzugt eindeutig den Diplom-Volkswirt Breuer, obgleich dessen Dissertation über die "Transformation" Cubas von der Kölner WISO-Fakultät wegen negativer Gutachten "noch nicht angenommen worden" ist. Breuer gilt in Köln als Parteikommunist und ist Mitherausgeber der Zeitschrift "Fazit". Der größte Teil seiner Aufsätze erschien in den kommunistischen "Blättern für deutsche und internationale Politik".

Dr. Danckwerts wiederum habe seine Wendung zur marxistischen Theorie erst relativ spät vollzogen und wird deshalb von der Fachschaft jetzt nur als der zweitbeste Kandidat beurteilt. Grund für die dennoch positive Beurteilung: "Diese Wendung war begleitet von einer wissenschaftlichen Neuorientierung, die zunächst in einer Aufarbeitung der marxistischen Theorie führte. (Anm.: Die sprachlich unkorrekte Formulierung entspricht dem Original.) Die danach veröffentlichten kleineren Arbeiten sind bereits äußerst wichtige Beiträge zur marxistischen Diskussion in der BRD." an der Konzeption von Breuer und Danckwerts ist nach Ansicht der Fachschaft besonders bemerkenswert und zu begrüßen, daß sie ihre Politökonomie als Pflichtausbildung im Grundstudium ansehen.

Die Fachschaft sieht in der Berfung eines Parteimarxisten eine wesentliche Ergänzung der bisherigen Erfolge der Förderung "linker" Lehrinhalte. Nach Ansicht der Fachschaft Soziologie sind bisher die Zustände an der mathematischen Fakultät begrüßenswerter als an der soziologischen Fakultät. Der 1970 beschlossene Lehrstuhl sei deshalb für die weitere Entwicklung an der soziologischen Fakultät besonders wichtig.

Die Vernebelungstaktik - Der ehemalige Dekan Professor Kaufmann und der jetzige Dekan Professor von Ferber haben offensichtlich diese Entwicklungen gegenüber Ministerium und Öffentlichkeit abgeschirmt. Der frühere Dekan

Prof. Kaufmann reagierte auf die erste Meldung der HPI über den umstrittenen Text der veröffentlichten Ausschreibung später mit einem Brief an das Wissenschaftsministerium in Düsseldorf, in dem er eine disziplinarische Bestrafung Professor Scheuchs forderte, der hier öffentlich Alarm geschlagen hatte. Und der Nachfolger im Amt des Dekans, Professor von Ferber, erklärte gegenüber einem Monatsmagazin: "Ich bin nicht glücklich über die Auseinandersetzungen um die Vorgänge in der soziologischen Fakultät Bielefeld vor einer nicht urteilsfähigen Öffentlichkeit." Zum Zeitpunkt dieser Äußerung hatte sich der größte Teil der hier geschilderten Entwicklung bereits ereignet. Bekannt wurden sie jetzt Überwiegend durch Aussagen kommunistischer Studenten selbst. Die soziologische Fakultät praktiziert immer noch Funkstille gegenüber Ministerium und Öffentlichkeit.

Umfunktionierung der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler stößt auf Widerstand

Irreführende Ankündigung des Rowohlt-Verlags führt im VDW zum Konflikt

Der Vorstand der "Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW)" hat den wissenschaftlichen Mitarbeitern einer unter dem Titel "Klassenkämpfe in Westeuropa" veröffentlichten Studie gekündigt. Gegen die Kündigungen der marxistisch ausgerichteten Mitarbeiter haben unter anderem der niedersächsische Kultusminister Peter von Oertzen und Professor Wolfgang Abendroth protestiert.

Die "Vereinigung Deutscher Wissenschaftler" trat Ende der fünfziger Jahre mit kritischen Stellungnahmen zur Politik der damaligen Bundesregierung unter Konrad Adenauer hervor. Unter anderem wurden Gutachten bekannter Naturwissenschaftler veröffentlicht, in denen der Aussage Konrad Adenauers widersprochen wurde, die Atomwaffen seien lediglich eine Weiterentwicklung der Artillerie. Die Vereinigung hatte auch weiterhin das Ziel verfolgt, Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung in Widerspruch zu Erwägungen tagespolitischer Opportunität zu veröffentlichen. Diese Aufgabe sollte durch die Einrichtung von Studiengruppen mit hauptberuflich angestellten Mitarbeitern beim Vorstand der VDW gefördert werden. Die im Verlauf der sogenannten Studentenrevolte eingestellten Mitarbeiter wurden jedoch aus durchweg linksorientierten Studenten der Sozialwissenschaften ausgewählt, nachdem der Berliner Soziologe Professor Dr. D. Goldschmidt den Vorsitz der VDW übernommen hatte.

Die Auseinandersetzungen mit den neueingestellten "linken" Sozialwissenschaftlern, die jetzt zu den Kündigungen führte, hatte mit einer Veröffentlichung über die Deutschlandpolitik begonnen. In diesem Bericht, der wie die späteren größeren Arbeiten im Rowohlt Verlag publiziert wurde, war unter anderem die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik befürwortet worden. Mitglieder der VDW hatten sofort protestiert, daß dieser Bericht keine wissenschaftliche Unterlage zur Meinungsbildung sei, sondern bereits ein politisches Dokument. Eine solche blosse Meinungsäusserung zu tagespolitischen Fragen sei jedoch mit dem Selbstverständnis der VDW nicht vereinbar. Damals hatte Professor Goldschmidt noch die Berechtigung verteidigt, solche Schriften als Ausdruck einer "kritischen Wissenschaft" im Namen der VDW zu veröffentlichen.

Sehr viel heftiger war der Streit um ein Papier einer Projektgruppe zum Thema "Staudamm Carbora Bassa" in portugiesisch Mozambique. Es war von den Mitgliedern der Projektgruppe mit dem Vorstand der VDW verabredet, daß dieses Papier keinesfalls als Veröffentlichung der Vereinigung

Deutscher Wissenschaftler bezeichnet werden dürfe, sondern lediglich als Ansicht einer Projektgruppe. In einer Zeitschrift wurde dann dieses Papier so angekündigt, daß es als Arbeit im Auftrage der VDW erscheinen mußte. Dies war nun zweifellos die Wahrheit, aber der Vorstand der Vereinigung wollte nicht die Verantwortung für eine Untersuchung übernehmen, die sich als Ausdruck des Prinzipsder parteilichen Wissenschaft marxistischen Typs verstand.
Zu einer weiteren Auseinandersetzung kam es dann über die Kritik des Biedenkopfgutachtens, die von einer Projektgruppe in einer der DKP nahestehenden Zeitschrift publiziert wurde.

Die jetzt für die gesamte Projektgruppe "Probleme der Mitbestimmung" ausgesprochene Kündigung hat wiederum eine Kontroverse über die Kennzeichnung einer Veröffentlichung zum Anlaß. Im Jahre 1970 war eine Studiengruppe der VDW zum Thema Mitbestimmung eingerichtet worden, deren Federführung der niedersächsische Kultusminister von Oertzen übernahm. Weitere Mitglieder der durchweg mit "Linken" oder Parteimarxisten besetzten Studiengruppe sind unter anderem Dr. Greiffenhagen, Professor Kern (TU Hannover), Dr. Deppe (Marburg), Professor Abendroth (Marburg), Professor Bahrdt (Göttingen), Dr. Senghaas. Als Thema wählte sich die Studiengruppe Streiks in Westeuropa und betraute mit der eigentlichen Arbeit die Projektgruppe mit hauptamtlichen Mitarbeitern, denen inzwischen gekündigt wurde. Diese Gruppe veröffentlichte ihr Manuskript jetzt unter dem Titel "Klassenkämpfe in Westeuropa" im Rowohlt-Verlag. Über Inhalt, Titel und Verlag war der Vorstand der VDW informiert und hatte in Erwartung von Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern auf einem distanzierenden Vorwort bestanden: "Vorstand und Beirat der VDW haben sich jedoch nicht entschließen können, diese Arbeit als Studie der VDW zu veröffentlichen." Aus jetzt nicht mehr zu klärenden Umständen veröffentlichte der Lektor des Rowohlt-Verlages, Freimut Duve, das Manuskript ohne diese Distanzierung des Vorstandes der VDW.

In der Begründung für die Kündigung der hauptamtlichen Mitarbeiter beanstandet der Vorstand der VDW: "Die wenig befriedigende Weise fortgesetzt wertender Darstellung..". Ohne entsprechende Distanzierungen sei für die VDW "der von den Mitarbeitern vertretene marxistische Forschungsansatz .. nicht mehr länger tragbar".

Der Vorstand der VDW gibt ein handfestes Interesse für seinen jetzigen Widerstand gegen eine marxistische "Forschung" unter der Adresse und mit Mitteln der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler an: "Die Fortsetzung des Projekts unter Verantwortung und Förderung der VDW würde diese in derartige innere Spannungen bringen und ihr in der Öffentlichkeit einen solchen politischen Akzent geben, daß die wissenschaftliche Arbeit und öffentliche Tätigkeit der VDW als ganzer und damit auch ihre eigene Existenz in Frage gestellt wären." Damit reagiert der Vorstand auf die zunehmende Kritik der Mitglieder an einer "Forschung", die unter weltanschaulicher Vorentscheidung für verschiedene Spielarten des Marxismus betrieben wurde und sich als Agitation für eine parteiliche Wissenschaft verstand. Der Vorstand unter Professor Goldschmidt möchte jedoch diese Art von "Forschung" weiterhin unterstützt sehen - wenn auch aus Gründen des Vereinsinteresses nicht als Projekt der VDW. Deshalb bittet der Vorstand den Kultusminister von Niedersachsen, Peter von Oertzen, und Prof. Kern von der TU Hannover, "sich für die Fortsetzung der begonnenen Arbeiten an einem Universitätsinstitut einzusetzen. Die Studiengruppe selbst wird gebeten, ihre Arbeit "unbedingt" fortzusetzen - nur nicht mit Mitteln der VDW.

Der Kultusminister von Niedersachsen, Peter von Oertzen, versprach nach einer Protokollnotiz des Vorstandes Hilfe. Von Oertzen denkt laut Pro-

tokol an eine Finanzierung der marxistischen Gruppe (deren Arbeit nach dem Urteil des VDW-Vorstandes in wenig befriedigender Weise fortgesetzt wertend und damit für die Wissenschaftler-Vereinigung nicht tragbar ist!) "aus staatlichen Quellen bzw. aus Quellen der VW-Stiftung". In beiden Fällen kämen diese Mittel wahrscheinlich aus Quellen des Landes Niedersachsens - entweder durch Einrichtung eines Universitätsinstituts, etwa bei Professor Kern in Hannover, oder aus dem "Vorab" des Landes Niedersachsen bei der Stiftung Volkswagenwerk. Den Mitarbeitern der Geschäftsstelle der "Vereinigung Deutscher Wissenschaftler" ist diese Aussicht zu unsicher. Sie protestierten gegen die "Diskriminierung des von der Studiengruppe .. vertretenen Forschungsansatzes .." und verlangten, allerdings ohne Erfolg. eine Fortführung der Agit-Prop-Studien.

Dem Vorstand der VDW steht das nächste Problem bereits ins Haus. Vor einigen Wochen ist im Rowohlt-Verlag eine Broschüre mit dem Titel "Waffen für die Dritte Welt" veröffentlicht worden. Darin wird der Bundesrepublik unter anderem vorgeworfen, durch die Ausbildung biafranischer und nigerianischer Piloten zur Verschärfung der Spannungen in Afrika beigetragen zu haben. Die Autoren behaupten, daß der Bürgerkrieg im Tschad, in dem französische Truppen die Regierung unterstützen, zum erheblichen Teil mit deutschem Gerät geführt werde. Auch für die Tiraden des Regierungschefs von Guinea, Sekou Touré, und den Mord an Bürgern der Bundesrepublik macht die Projektgruppe die Bundesregierung mitverantwortlich. Nach Ansicht der sogenannten Forschungsstelle der VDW zeigt sich, daß "trotz aller Ungereimtheiten" ein parteimarxistischer Ansatz zur Erklärung der Entwicklungshilfe der Bundesregierung geeignet ist.